deshalb als unbestritten, weil wir sicher zu sein glaubten, das „wir“ bezieht sich jetzt auch wieder auf ehemalige DDR-Bürger, daß die Großmächte ihre Interessensphären gegeneinander zuverlässig abgesteckt hatten. Alle Konflikte, die es in den Nachkriegszeiten gegeben hat, fanden ihre Begrenzung durch den jeweiligen Machtbereich des anderen politischen Blocksystems.

Wir werden heute von berufenen Sachkennern einen Überblick über die verschiedenartigen Konzeptionen vermittelt bekommen, die in der Bundesrepublik Deutschland damals im Blick auf die Zukunft des geteilten Deutschlands entwickelt wurden. Dabei wird auch die Frage eine Rolle spielen müssen, wie man mit der politischen Verpflichtung des Grundgesetzes umgegangen ist. In der Präambel des Grundgesetzes von 1949 heißt es ja bekanntlich: „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Wir werden auch etwas von der Einstellung der Sowjetunion gegenüber der deutschen Frage in den ersten Nachkriegsjahren hören. Noch immer wird darüber gestritten, ob Stalin zu einer bestimmten Zeit tatsächlich bereit gewesen sein könnte, der Wiedervereinigung Deutschlands zuzustimmen.

Ich danke denen, die uns heute genauer informieren wollen, für Ihre notwendige Aufklärungsarbeit. Noch immer wuchern ja manche Legenden, durch die wir zum Kern der historischen Wahrheit durchstoßen müssen, wenn wir unsere Vergangenheit im geteilten Deutschland aufarbeiten wollen.

In der Hoffnung, daß uns dies heute ein Stück gelingt und wir auf unserem Weg ein Stück weiter kommen, möchte ich den ersten Vortragenden bitten, nach vorn zu kommen, und zwar Herrn Professor Dr. Horst Möller, den Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München.

Prof. Dr. Horst Möller: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten, meine Damen und Herren! Wir wissen durch die Zugänglichkeit vieler Quellen sehr viel über die Motive der beteiligten Politiker, Parteien und Gruppierungen an der Deutschlandpolitik der 1950er und 1960er Jahre. Viele der zentralen Quellenbestände sind veröffentlicht, beispielsweise in der großen Adenauerausgabe aus Rhöndorf, in den Veröffentlichungen der Fraktionsprotokolle von FDP und SPD bei der Bonner Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, durch die Veröffentlichung der Kabinettsprotokolle der Bundesregierung für die Zeit zu Beginn der 1950er Jahre und andere Veröffentlichungen. Sie werden von mir nun nicht erwarten, daß ich in ungefähr einer halben Stunde auf die zahlreichen Einzelheiten, die wir jetzt durch die Veröffentlichungen genauer wissen, eingehe oder auch im einzelnen eingehe auf die zugänglichen Akten zur auswärtigen Politik der beteiligten Westmächte; die der damaligen Sowjetunion liegen in dieser Form, wie es für die Westmächte gilt, bisher immer noch nicht vor. Auf der anderen Seite gibt es auch hier inzwischen einzelne Erfolge in der Erforschung wesentlicher Grundprobleme. Auf ein Beispiel gehe ich nachher noch ein. Es

geht mir im folgenden im wesentlichen darum, die Grundlinien der Deutschlandpolitik in den 1950er Jahren bis zu Beginn der 1960er Jahre darzustellen, weil ich meine, daß manche der Streitfragen, auch die, die der Vorsitzende eben erwähnt hat über das Jahr 1952, sich allein schon durch eine angemessene Berücksichtigung der grundlegenden historischen Voraussetzungen zumindest relativieren, wenn nicht erledigen.

Zwei Faktoren, meine Damen und Herren, die Aufteilung Deutschlands und der weltpolitische Gegensatz zwischen den USA und ihren Alliierten auf der einen und der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten auf der anderen Seite, wurden zu Determinanten jeglicher Deutschlandpolitik nach 1945. Die Möglichkeiten für eine Beteiligung deutscher Stellen an der Entwicklung der deutschen Frage nach 1945 oder auch an außenpolitischen Entscheidungsprozeßen insgesamt resultierten aus der Entwicklung dieses Dualismus von West und Ost seit Kriegsende, das heißt, diese Möglichkeiten setzten die Teilung Deutschlands faktisch voraus, da sie als einzige Gemeinsamkeit der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition übriggeblieben war: In den Überlegungen der Westalliierten **und** der Sowjetunion galt für lange Zeit die deutsche Teilung als Unterpfand für die Sicherheit vor einem soeben besiegten aggressiven deutschen Nationalismus.

Wir müssen also davon ausgehen, daß nach 1945, so unklar viele alliierte Konzeptionen und so uneinheitlich sie auch waren, zunächst einmal keinerlei Interesse, weder in West noch in Ost, daran bestand, einen deutschen Nationalstaat in dieser Form schnell zu reorganisieren, wie er bis 1945 oder auch bis 1933, um ein Datum vor der NS-Herrschaft zu nehmen, bestanden hatte. Und welche Wirkungen das in der politischen Mentalität hatte, das sehen Sie ja bis heute, etwa in der Veröffentlichung der Thatcher-Memoiren, daß also die Bereitschaft auch auf westlicher Seite, hier zu einer konstruktiven Deutschlandpolitik beizutragen, ja bis in unsere Tage hinein nicht überall gleichermaßen gut entwickelt war. Auch die Initiativen des französischen Staatspräsidenten Mitterrand waren in der Wiedervereinigungsphase ja zumindest mißverständlich.

Damals, nach 1945, trat ein wesentliches mentales Element hinzu: Ganz anders als nach dem Ersten Weltkrieg näherten sich die Wünsche der Westdeutschen relativ schnell den politischen Wertvorstellungen der westlichen Welt an. Und in diesem Sinne muß man die **Deutschlandpolitik** immer in engem Konnex zur **Westintegration** der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Wertegemeinschaft, ich meine das zunächst einmal in einem politischen Sinn, bevor ich es in einem militärischen Sinn meine, berücksichtigen. Insofern ist die Westintegration der Bundesrepublik ein sehr viel komplizierterer Prozeß gewesen, als es in vielen vordergründigen Diskussionen erscheint, die immer nur auf die Frage der militärischen Integration, der EVG-Verträge oder der NATO konzentriert sind. Es handelt sich vielmehr um einen vielschichtigen